

Reformdiskussion verunsichert

Die aktuellen Debatten über Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung erhöhen nicht das Vertrauen in die Politik. Sie machen den Menschen Angst und können die Wirtschaft schwächen.

Einschnitte bei Gesundheit und Pflege, der Rente oder der Bezahlung im Krankheitsfall? Diese Diskussionen in Politik und Wirtschaft haben die große Mehrheit der Menschen in Deutschland verunsichert. Rund 81 Prozent machen sich deshalb einige oder sogar große Sorgen um ihre finanzielle Absicherung. Das hat auch konkrete Folgen für die Wirtschaftsentwicklung: Als Konsequenz schränken viele ihre Konsumausgaben ein, was der Konjunktur wichtige Impulse entzieht. Zudem belastet die Debatte das Vertrauen der Menschen in die Regierung, insbesondere bei jenen, die um ihre finanzielle Absicherung fürchten. Das ergibt eine IMK-Studie auf Basis einer repräsentativen Befragung von rund 4000 Personen zwischen 18 und 75 Jahren.

Die Umfrage zeigt, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung die diskutierten Maßnahmen kritisch sieht: 76 Prozent der Befragten lehnen sie ab, 55 Prozent äußern sich sogar stark ablehnend. Mehrheitliche Ablehnung zeigt sich über alle Parteipräferenzen hinweg – auch unter Anhängerinnen und Anhängern von Parteien, die entsprechende Reformen fordern. Je nach Altersgruppe, Einkommen oder beruflicher Tätigkeit unterscheidet sich der Anteil der Ablehnenden unter den Befragten zwar etwas, sie sind aber überall deutlich in der Mehrheit mit Anteilen zwischen gut 60 und mehr als 80 Prozent. „Dies deutet darauf hin, dass die Bevölkerung dem bestehenden Niveau der sozialen Absicherung einen hohen Stellenwert beimisst“, schreiben die Autoren der Studie Jan Behringer, Sebastian Dullien und Lukas Endres. Das Fazit der Ökonomen: „Insgesamt zeigen

die Umfrageergebnisse, dass die aktuelle Debatte über Reformen des Sozialstaats an sich zu einem Wachstumsrisiko für die deutsche Wirtschaft und zugleich zu einem politischen Risiko für die Bundesregierung geworden ist.“

Die weit verbreiteten Sorgen haben bereits konkrete Auswirkungen: Ein erheblicher Teil hält sich nach eigenen Angaben aufgrund der Reformdebatte derzeit beim Konsum zurück. Insgesamt geben rund 42 Prozent der Befragten an, ihre Ausgaben deshalb einzuschränken. Von denjenigen mit „großen“ Sorgen um ihre finanzielle Absicherung sagen rund 71 Prozent, sie würden ihren Konsum zurückfahren. In der Gruppe mit „einigen“ Sorgen sind es 35 Prozent.

„Hält die Unsicherheit über einen möglichen Abbau des Sozialstaats an, könnte dies Haushalte dazu veranlassen, ihre Ausgaben auch künftig vorsichtiger zu planen“, schreiben die IMK-Forscher. „Wenn sich die Konsumzurückhaltung in weiten Teilen der Bevölkerung verfestigt, könnte dies die private Nachfrage auch in den kommenden Monaten dämpfen und damit die konjunkturelle Erholung schwächen.“

Auch das Vertrauen in die Bundesregierung nimmt Schaden: Überhaupt kein Vertrauen in die Bundesregierung äußern rund 57 Prozent der Befragten mit „großen“ Sorgen, in den beiden anderen Gruppen liegt der Anteil bei 27 beziehungsweise 16 Prozent. <

Quelle: Jan Behringer, Sebastian Dullien, Lukas Endres: Sozialstaatsdebatte belastet privaten Konsum und Vertrauen in die Regierung. Erkenntnisse aus einer Online-Umfrage, IMK Policy Brief Nr. 222, August 2026 [Link zur Studie](#)

Viele fürchten Einschnitte

So viele sind gegen folgende Reformvorschläge ...

höheres Renteneintrittsalter



Leistungseinschränkungen bei der Krankenversicherung



Leistungskürzungen bei der Pflegeversicherung



Einschränkung der Entgeltfortzahlung



Reformvorschläge insgesamt

